

34 und
3 von
ist in
ste ent
ner Ab
Boot sp
als ich
amen ru
mich sch
ten Reg
mit eben
fragte
meterte
riff, m
ul.
missen
tzt.
fenge
Et,
ten-
er
erkt.
rompt
eln,
für
lc.
a
he.
15.
uppen
it jeb
16.
stn.
nschen
en 21
23.
itter,
N,
dt
ter
ste
3.
II.

Abend-Ausgabe für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Tagesblatt 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inferate: Die Anzeigen werden 15 Pfennige.
Redaktion, Druck und Verlag von R. Grafmann,
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Sonnabend, den 14. Dezember 1878.

Nr. 586.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhause.

17. Sitzung vom 13. Dezember.
Präsident von Bennigsen eröffnet die Sitzung um 10^{1/2} Uhr.
Am Ministertisch: Minister des Innern Graf Eulenburg und die Ministerialräthe v. Kessler, v. Schulze, v. Knebel, v. Kropff, v. Krosigk, v. Krosigk, v. Krosigk.
Die Kommission zur Vorberathung des Kommunalsteuer-Gesetzes ist gewählt und hat sich konstituiert; Vorsitzend: Abg. Dr. Braun, Schmidt (Sagan); Schriftführer: von Kraß, Dr. Lieber, v. Krosigk.
Ferner sind zur Verpflanzung der Agrar-Kommission für die Beratung der Hausbesitz-Verordnung gewählt worden die Herren Abgg. Parisius, Dr. v. Krosigk, Knebel, v. Kropff, Dr. Rasse, v. Krosigk, v. Krosigk.
Das Haus tritt in die Tages-Ordnung ein, deren einziger Gegenstand die Weiterberathung des Gesetzes für das Ministerium des Innern ist.
Es steht noch immer die erste Position des Kap. 89 zur Diskussion: „Gehalt des Ministers 36,000 M.“
Abg. Richter (Hagen) ist dem Abg. Richter für, daß er gestern die Haltung der Landräthe bei den Reichstagswahlen zur Sprache gebracht hat, dankbar und im Stande, dieses Thema noch viel weiter auszuführen. Es sei sehr zu bedauern, daß der Herr Minister erst gestern dieses Erreben gerügt hat; das hätte schon lange geschehen müssen. Die Bemerkung der Kreisblätter durch die Landräthe zur Polemik im Regierungsjahre habe zwei bedenkliche Seiten, sie verführe die Landräthe zum Ueberreifer und müsse die Stellung der Landräthe schwer schädigen, die bei den wechselnden Strömungen im Ministerium heute so und morgen so schreiben müssen. Auch die Parteilichkeit der Landräthe wird durch solche Gebahren genährt, sie werden die Gegensätze der Parteien auch in das Verwaltungsgeschäft übertragern. Und wie, wenn der von Landrath empfohlene Kandidat durchfällt? Leidet darunter nicht auch seine amtliche Stellung und Autorität im Kreise? Sollen aber die Landräthe die Kreisblätter benutzen, so gefällt mir die offene Art des Herrn v. Krosigk noch immer besser als die offiziöse Manier, wo ein harmloser Drucker mit seinem Namen die Preisurtheile des Landrathes druckt. Ein Landrath hat mit der Unterschrift sei es Namens und dem Zusatz „Königlicher Landrath“ z. B. es gewagt, mein Flugblatt „200 Millionen neue Steuern“ ungeschicklich zu verfolgen, und dabei kommen Ausdrücke vor, wie „Umsurzpartei, schamlos, lägerisch, darauf angelegt, Verwirrung zu stiften“ etc. In drei hier schon erwähnten Fällen, in Sorau, Kottbus und Wehlau, hat der Minister bereits gestern seinen Tadel ausgesprochen, aber leider sehr spät. Dann benutzen die Landräthe bei ihren Agitationen gern die Domänenpäpste — auch eine verdächtige Menschenklasse bei den Wahlen (Heiterkeit), auch die Schulräthe müssen aushelfen. Darüber werden wir uns noch mit Herrn Dr. Falk zu unterhalten haben. Einzelne Landräthe, z. B. der von Jüttenbog-Ludenwalde, wenden die amtliche Autorität an zur Unterstützung ihrer eigenen Kandidatur in ihrem Kreise. Ein anderer Landrath versendet Wahlaufträge zur Unterschrift an verschiedene Leute und schreibt, er werde deren Zustimmung annehmen, wenn sie nicht in acht Tagen protestirt. Nachher standen unter dem Auftrage auch schon lange verstorbene Männer mit ihrem Namen — weil sie nicht hatten protestiren können. (Heiterkeit.) Bedenklich in hohem Maße erscheint es mir, wenn die Landräthe es wagen, die Person Sr. Majestät des Kaisers in die D. batte zu ziehen. Da wird nach dem Vorgange der „Prov.-Korr.“ gesprochen vom ausgeplanzten „Banner des Kaisers“, es heißt, wenn nicht konservativ gewählt würde, würden die Aemter sich wiederholen (große Bewegung). Der Kandidat (ein Fortschrittler) sei auch so Einer von denen, die auf den Kaiser geschossen haben. (Hört!) Was kann das monarchische Prinzip mehr schädigen als solche Wahlaktive, die darauf hinauskommen, über die Person des Kaisers ein Plebiszit anzustellen? (Sehr gut!) Die Landräthe senden die Wahlzettel amtlich durch die Gendarmen aus und lassen auf Wunsch Zettel aus dem Landratsamte nachliefern. Ich nenne als Beispiel Herrn v. Goldsus. (Heiterkeit, da der Genannte Mitglied des Hauses ist.) Das Vereins- und Versammlungsrecht hat in der Wahlzeit nur für die der Regierung genehmen Kan-

didaten existirt; so hat Herr Landrath Scharnweber im Kreise Niederbarnim die fortschrittlichen Wahlversammlungen auf eine Art verhindert, in der er sogar den Herrn Minister selbst zum Besten hielt (Unwillen rechts), und er hat gleichzeitig selbst Wahlversammlungen im konservativen Sinne gehalten, aber sie anzumelden unterlassen, — was ihm 15 Mark Strafe gekostet hat (Heiterkeit). Der Netner führt noch zahlreiche andere Fälle angeblicher Wahlbeeinflussung an und meint, daß damit ja Erbitterung naturgemäß hervorgerufen werde, die sich in harten Worten Luft mache. Und da sei es befremdlich, daß die Gerichte jedes verhängliche Wort der Kritik mit ausnahmslos eifer Strenge und gar nicht „gutnützig“ bestrafen haben. Es kommt dem Redner nicht sowohl auf eine Rüge im einzelnen Falle als vielmehr darauf an, wie sich der Herr Minister zu der landrätlichen Agitation im Ganzen und grundsätzlich stellt, die womöglich noch die Zeit des Ministeriums Westphalen hinter sich lasse. Der Redner glaubt nicht, daß ein Circularreskript existirt, aber die passive Haltung des Ministers ermuthige die Beamten. Hätte der Redner Anlaß, an ein Regierungssystem der Agitation zu glauben, so würde er als Preuze sich dessen schämen. Denn das wichtige Institut der Landräthe werde dadurch schwer geschädigt und ein höchst demoralisirendes Gift in die Beamtenkreise getragen. Selbst an falschen Anklagen fehle es nicht, so habe ein Landrath an die Regierung geschrieben, der Landesdirektor v. Sauten habe ihn (den Landrath) in der Kreisaustrückung durchgesehen wollen. (Lachen links.) Die Untersuchung habe aber ein solches Resultat ergeben, daß der Landrath versetzt werden mußte. Der Redner meint, eine landrätliche Wahl Agitation müsse der Sozialdemokratie den Weg ebnen, da sie auf Aufregung und Unzufriedenheit beruht, und er bittet den Minister, in einem Generalreskript die Beamten darüber zu belehren, wie sie sich als Beamte zur Wahlagitation zu verhalten haben (Beifall links und im Centrum. Zischen rechts.)
Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Der Herr Abgeordnete hat bereits ausgesprochen, daß die nähere Erörterung der Thatsachen, welche er in Beziehung auf die letzten Reichstagswahlen angeführt hat, zu den Aufgaben des Reichstages bei den Prüfungen der Wahlen gehören wird. Er wird es also natürlich finden, wenn ich schon aus diesem Grunde, natürlich aber auch deshalb, weil ich nicht über die Einzelheiten speziell informirt sein kann, nicht antworte. Ich muß aber noch einen Schritt weiter gehen und, ohne ihm damit irgendwie persönlich zu nahe treten zu wollen, die Wichtigkeit der aufgestellten Behauptungen bis zu näherer Information vollständig dahin gestellt sein lassen, zweitens aber die Beurtheilung, in wie weit sich diese Thatsachen unter die von ihm aufgestellten Gesichtspunkte bringen lassen, um so mehr dahin gestellt sein lassen, als die Art und Weise, wie solche Thatsachen vorgetragen werden, und das Kolozit, welches man ihnen giebt, häufig ihnen ein ganz anderes Aussehen verleibt, als es in Wirklichkeit gewesen ist. Demnach wünscht der Herr Abgeordnete, und ich glaube allerdings, daß er mit diesem Wunsche nicht allein steht, eine Aeußerung in Allgemeinen darüber, welche Ansichten die königliche Staatsregierung über die Thätigkeit der Beamten bei den Wahlen hat. Ich bin vollkommen bereit, hierüber Auskunft zu geben. Schon gestern bin ich in der Lage gewesen, in vollständiger Uebereinstimmung mit den Aeußerungen meines Amtsvorgängers zu sagen, daß ich es nicht für zulässig halte, amtliche Mittel und amtliche Autorität zum Einfluß bei den Wahlen zu gebrauchen. Ich gehe noch einen Schritt weiter, ich verlange über das hinaus von den Beamten, die sich bei den Vorbereitungen für die Wahlen in politischer Beziehung betheiligen, daß sie außer der Verneinung des eben erwähnten Punktes auch bei allem ihrem Thun und ihrer Thätigkeit niemals die Würde außer Augen setzen, welche ihr Amt von ihnen verlangt. Diese beiden Voraussetzungen aufrecht erhaltend, die ich für absolut notwendig halte und denen ich Geltung zu verschaffen wissen werde, hat aber Niemand die Berechtigung, den Beamten die Thätigkeit bei den Wahlen zu untersagen oder zu verbotnen, und die Regierung wird durchaus damit einverstanden sein, wenn sie innerhalb dieser Grenzen auf die Mitwirkung ihrer Beamten bei den Wahlen rechnen kann, wie sie denn diese Mitwirkung, wie sie dankbar an-

erkennt auch bei den letzten Reichstagswahlen gefunden hat. Ich könnte nunmehr schließen, wenn nicht in spezieller Punkt mich nöthigte, noch einen kurzen Satz auszusprechen. Es ist die Aeußerung in Bezug auf den Landrath von Maffow in Insterburg. Ueber die Thatsachen, die sich auf dem Kreistage zugetragen haben sollen, liegt mir ein detaillirter Bericht nicht vor, ich kann also eine vollständige Darstellung des Zusammenhanges nicht geben, nur eins muß ich sagen: Es ist ein Verbrechen, wenn behauptet wird, er habe in seinem Bericht gesagt, er habe Thätlichkeiten zu befürchten gehabt. Er hat im Gegentheil gesagt, es sei nicht zu befürchten gewesen, daß man zu Thätlichkeiten übergehen würde. Die Vernehmung des Landraths ist ganz unabhängig von diesem Vorfall erfolgt, und war bereits geschehen, ehe dieser Vorfall zu meiner Kenntniß gelangt war. Sie war die Folge eines dringenden Wunsches, den der Landrath seit längerer Zeit vor den Wahlen hegte, und dessen Realisirung er jetzt möglich geworden ist. Wenn versucht worden ist, durch diese Aeußerungen hier im Hause dem Landrath eine ungünstige Lage in seinem neuen Kreise zu bereiten, so kann ich das nur aufrichtig bedauern, ich bitte, ihm ohne Vorurtheil entgegen zu kommen, und bin überzeugt, daß er in kurzer Zeit sich eine feste vertrauensvolle Stellung erworben haben wird.
Abg. Dr. Lucas: Meine Herren, es wird der Streitpunkt sich in sehr vielen Fällen, vielleicht in den meisten, gerade darum drehen, ob eine amtliche Beeinflussung überhaupt stattgefunden hat, und ob diese eine mißbräuchliche gewesen ist. Nun haben die Herren Richter sowohl wie Richter in längerer Ausführungen dargelegt, daß gerade die Landräthe diese Beeinflussung in hohem Maße bei den letzten Wahlen vorgenommen hätten. Dagegen muß ich doch darauf hinweisen, daß die Landräthe nicht bloss Beamte, sondern daß sie auch Wähler sind, daß sie in den östlichen Provinzen meist auch Großgrundbesitzer sind (Rufe: Nein!), und daß sie auch im bürgerlichen Sinne in sehr hohem Grade die Vertrauensmänner des Kreises sind, daß sie also nicht allein nach meiner Auffassung berechtigt, sondern auch verpflichtet sind, in politischen Fragen ein Wort mitzureden, allerdings in der richtigen Weise. Das ist keine amtliche Beeinflussung. Nun werden Sie weiter zugeben, daß gerade bei den letzten Wahlen der Wille der Wähler, die Regierung in ihren Maßregeln gegen die Sozialdemokratie zu unterstützen, eine sehr große Rolle gespielt hat. Ich glaube, bei keiner Wahl ist der Entschluß im Lande die Regierung unterstützen zu wollen in ihrer Bestrebungen deutlicher zu Tage getreten, als gerade bei den letzten Wahlen, und wenn in diesen Bestrebungen seitens der Landräthe Aeußerungen hier und da gefallen sind: „Von dem und dem Kandidaten nehmen wir an, daß er zu den uns bekannten Absichten der Regierung steht und sie zu unterstützen entschlossen ist“, so haben sie damit meines Erachtens sich vollkommen in dem Kreise eines berechtigten Einflusses bewegt. (Dpa! links. Sehr wahr! rechts.) Ferner haben die beiden Herren Abgeordneten ihre Polemik wesentlich gegen die Haltung der „Prov.-Korr.“ gerichtet. Wenn Sie die Artikel verfolgen, so sind die ersten absolut nicht polemisch, sondern die Polemik steigert sich in der Weise, wie die Zeitungspolemik der gegnerischen Parteien sich gesteigert hat, und da konstatire ich einfach, daß die schärfsten Artikel Entgegnungen sind gerade gegen die fortschrittlichen Wahlaufträge, insbesondere gegen den Wahlauftrag, den der Herr Abg. Richter als den seinigen bezeichnet hat. Ich sehe überhaupt nicht ein, wie es möglich ist, den anderen Parteien, also auch der freikonservativen, eine besondere Passion für hohe Steuern anzudichten. Ich glaube, wie sind Steuerzahler in demselben Maße, wie irgend eine andere Partei im Lande, und die Passion wächst meines Erachtens gar nicht für den Steuerzahler in demselben Verhältnis, als wie etwa das Vermögen ein größeres wird. Man kann im Gegentheil sagen, daß konservative Kammer in den Fragen der Steuerpolitik, in Fragen der Sparsamkeit durchaus rivalisiren können mit irgend einer liberalen Partei im Lande. (Sehr richtig.) Wenn wir uns zu diesem Steuerprogramm bekennen, bekennen wir uns wesentlich deshalb dazu, weil wir eine Erleichterung für nöthig halten. Ich möchte noch auf einen zweiten Satz in jenem Wahlauftrage hinweisen, der folgender Maßen lautet:

Die Abschaffung der Matrikularbeiträge erleichtert überhaupt nicht unmittelbar das Volk, sondern zunächst nur die Finanzminister der einzelnen Staaten. (Sehr richtig! links.) Halten Sie diesen Satz wirklich aufrecht? (Rufe links: Ja!) Nun, meine Herren, das steht doch eine Naivität des Gemüths voraus, die im Lande wohl möglich ist, aber hier in diesem Hause nicht. Ein naives Gemüth wird es doch gar nicht anders verstehen, als daß die Finanzminister etwa aus ihrer Tasche die Matrikularbeiträge zahlen. (Widerspruch links, was heißt es sonst?) Nichts, sonst ist der Satz absurd. (Widerspruch links.) Ich halte den Ausdruck vollständig aufrecht. Ist der Steuerzahler im Einzelstaat etwas anders als im Reich, ist es nicht vollständig gleichgültig, ob ich als preussischer Staats- oder als Reichsbürger Steuern bezahle? Das ist ein Satz, der ein reines Sophisma ist und der von jedem Urtheilsfähigen notwendig mißverstanden werden muß. Der Wahlauftrag schließt mit folgendem Satz: „Der mit seinem Stimmzettel am 30. Juli d. J. beiträgt, dem Kanzler die gewünschte willige Mehrheit von Landräthen, Präsidenten und Staatsanwäiten, Regierungsräthen und andern Freikonservativen, Deutschkonservativen und Freivolkeralen zu verschaffen, darf sich auch später über die neuen Steuern nicht wundern und beklagen.“ (Sehr richtig links.) Diese Sätze bilden die Grundlage aller der zahlreichen fortschrittlichen Wahlaufträge, die für die verschiedensten Herren erschienen sind. Hier ist ferner der Wahlauftrag der Wähler des Niederbarnimer Kreises — der Abg. Richter hat ja gleichfalls exemplifizirt. Das sind im Großen und Ganzen — es war ein freikonservativer Gegenkandidat — dieselben Sätze ausgeführt, die ich hier als sophistisch bestritten habe. Dort ist die Ausanwendung noch viel drastischer dargestellt; so ist gesagt: „Wähle, wie Du wenn Du steuerst, wünschen wirst gewählt zu haben. Der Wahlauftrag sagt weiter: Wenn die Wähler wissen, wer es ist, der immer für das Wohl des Ganzen eintritt, wer die kleinen Steuerzahler schon und den Steuerzettel herabdrückt? Daran arbeitet Herr Dr. Mendel, der Reichstagskandidat im Kreistage, wie der Herr Landrath selbst anerkannt hat.“ — Hier wird also die landrätliche Autorität, — wo es paßt, angufen, um dem betreffenden Kandidaten einigermaßen Kredit zu geben. Dasselbe findet sich in verschiedenen anderen Wahlaufträgen. Ein Wahlauftrag aus Hannover Gellnhäusen ist mit folgenden Sätzen eingeleitet: Der Junker hat sich mit den Pfaffen verbunden, um die Bauern zu bedrücken (Heiterkeit), die Bürger zu schädigen. Ja, meine Herren, ich mache natürlich den Abg. Richter für diesen Wahlauftrag nicht verantwortlich, aber ich glaube doch, daß wir berechtigt sind, ihn anzuführen zur Ergänzung der Sätze, die er hier ausgesprochen hat. Diese Ausführungen gehören auf dasselbe Gebiet des Klassenkampfes, auf die Aufhebung der weniger besitzenden Volksklassen gegen die besitzenden, über die der Herr Abg. Richter sich mit Recht beklagt hat. Nun meine ich, daß diese Grundzüge von allen Seiten gleichmäßig zu beobachten sind. Ich kann Ihnen Aehnliches anführen aus einem Wahlauftrag für Hermer-Frisch auf zur Wahl. Der Wahlauftrag schließt mit den Worten: Nieder mit den Sozialisten, nieder mit den Reaktionen! Hoch lebe der Kaiser! (Sehr gut, links.) Ich freue mich besonders über diesen Ruf, finde ihn aber nicht ganz vereinbar, wenn man daneben von verschiedenen Seiten hört von Berechtigung der Sympathie mit anständigen Revolutionären und von dem Unterschied zwischen Straßenkämpfen und Attentaten auf den Monarchen. (Sehr gut rechts, Widerspruch links!) Ich finde, daß diese Worte den Eindruck machen, als ob man nach dieser Richtung hin überhaupt noch zweifelhaft sein könnte, in Beurtheilung beider. Als letzten Wahlauftrag, der in diesem Falle einen National liberalen im Kampfe mit einem Freikonservativen trifft, möchte ich Folgendes aus dem Gardeleger Kreise verlesen. Dort ist gesagt: Zur Reichstagswahl! Der Edelmann und der Geistliche sollen wieder herrschen wie in alter Zeit, die Polizei soll vorschreiben: wer kommen und wer gehen, was für ein Gewerbe Jeder betreiben darf; als Medizin für alle Schäden bietet man uns die Prügelstrafe. Wähler! Wenns auch Graf v. Schenk und manche seiner Anhänger nicht wissen: Diese Kandidatur bahnt den Weg für die Herren von der Prügelstrafe.“ Ja, m. H., wenn Sie es für möglich halten, das mit einiger Berechtigung der freikonserv-

valben Partei anzubilden, so überschreitet das auch die Grenzen der anständigen Wahlagitation. Also diesen Wahlagitationen gegenüber finde ich die Po- lizist der „Provinzial-Korrespondenz“ allerdings wohl in einigen Ausdrücken zu stark, aber ob sie ganz unbedeutend sind, das überlasse ich dem Ur- theile der Herren. M. H., wenn unsere heutige Diskussion überhaupt einen Zweck hat, so ist es doch jedenfalls der, die Stellung der Parteien unter- einander klarzustellen und vielleicht die Stellung der Regierung zu den nächsten Wahlen zu präzisieren. Ich glaube, wenn wir die verschiedenen Wahlauf- rufe, die von der einen und von der anderen Seite vorgekommen sind, prüfen, so werden sie im Großen und Ganzen sich kompensieren. Ich glaube, die ver- schiedenen Parteien werden sich wahrscheinlich darin sehr wenig gegenseitig vorzuwerfen haben und wir könnten deshalb wohl nach dem Grundsätze lieber handeln, daß es nicht zweckmäßig ist, mit Steinen zu werfen, wenn man selbst im Glashaufe sitzt. (Sehr gut rechts.) Was die Haltung der Regie- rung betrifft, so bin ich der Meinung, daß im Lande jetzt der entschiedene Wille vorhanden ist, die Regierung in ihrer Politik im Allgemeinen zu unterstützen. Ich glaube, mit dem Versprechen von neuen Reformen, von neuen Organisationslo- sungen ist das Land überfrachtet mit Reformen, es sehnt sich vielmehr nach Stabilität der Verhält- nisse, es wünscht eine Sicherheit der gelockerten Ver- hältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern, zwischen Dienstherrn und Dienstboten, eine Festigung der Verhältnisse, die in den letzten Jahren vielfach gelockert sind. Ich nenne diese Strömung keine reaktionäre, sondern vielmehr eine konservative in richtiger und vernünftigen Sinne, und bin der Meinung, wenn die Diskussionen über diese Frage ebenso abschließen, wie die neuliche Diskussion über den Belagerungszustand und wie die über den An- trag des Centrums, wenn die anderen Herren Mi- nister in der Entwicklung ihrer Steuerreformpolitik, in ihrer künftigen Eisenbahnpolitik ebenso glücklich sind, wie die damaligen Herren Minister, daß die Regierung sowohl wie die konservativen Parteien dann mit großer Beruhigung dem Resultat der nächsten Abgeordnetenwahlen entgegensehen kann. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Abg. Miquel macht zunächst den Vorredner darauf aufmerksam, daß es sich hier nicht um die Stellung der Parteien im Wahlkampfe handelt, son- dern um die Stellung der Staatsregierung und deren Beamten. Was nun die Erwiderung des Herrn Ministers anlangt, so vermisst der Redner in derselben eine bestimmte Erklärung, ob derselbe für den Fall, daß die geschilderten Thatfachen wahr sind, dieselben als verwerflich betrachte. Das Bei- spiel, das der Minister gestern aus Frankreich an- gezogen, passe für deutsche Verhältnisse gar nicht, denn dort seien die Beamten bei jedem Regierungs- wechsel persönlich interessiert. Er tadelt sodann, daß der Minister sich nicht dazu bereit erklärt hat, in einem Exposé an die Beamten seine Stellung zu den Wahlen im Allgemeinen darzulegen. Was die Haltung der Regierung bei den Wahlen der na- tionalliberalen Partei gegenüber anlangt, so sei die- selbe eine sehr verschiedenartige gewesen. Es wäre an der Zeit, daß die Staatsregierung eine klare Stellung der nationalliberalen Partei gegenüber ein- nehme, aber es scheine, daß man die nationalliberale Partei untergraben wolle und sie nur so lange dulde, so lange sie unentbehrlich sei. Der Redner erörtert sodann die händelverhältnisse und betont schließlich, daß der Staat von seinen Beamten aller- ords verlangen müsse, daß sie nicht als solche gegen den preussischen Staat agitieren. Er bitte in der einen oder anderen Weise wirksame Vorsorge zu treffen, daß sich bei den künftigen Wahlen derartige Dinge nicht wiederholen.

Abg. Dr. Bähr (Cassel) bringt einen Spe- zialfall aus dem Regierungsbezirk Wiesbaden, der sich bei der letzten Wahl ereignet haben soll, und der von dem Redner ebenfalls als eine Wahlbe- einflussung angesehen wird, was von dem Mi- nister Grafen Eulenburg dahin berichtet wird, daß der betr. Wahlkommissar von ihm sofort beseitigt worden sei.

Die Diskussion wird geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen, aus wel- chen die des Abg. Birchow hervorzuheben ist, der sich gegen eine Ausrufung des Abg. Lucius verwahrt, daß er bei seiner Rede über den kleinen Belagerungszustand die Revolution verherrlicht habe. Er habe nur konstatieren wollen, daß es in ganz Europa und nicht bloß bei uns eine Reihe von Personen giebt, die bereit sind, Revolution zu ma- chen. Er habe das Wort „gut“ dabei keineswegs im moralischen Sinne gebrauchen wollen, er hätte ebenso gut „richtige“ revolutionäre sagen können. An dieses Wort „gut“ derartige Bemerkungen zu knüpfen, wie geschehen, halte er nicht für richtig. Wenn ein solches Verfahren unter politischen Par- teien Platz greifen sollte, so müsse er diese Art von Verhandlungen zurückweisen.

Abg. Dr. Lucius hält dem gegenüber seine Behauptung aufrecht, daß der Vorredner die Be- zeichnung „gute Revolutionäre“ in einem Sinne gebraucht hat, der seinen Vorwurf vollständig rech- fertigt.

Titel 1 wird bewilligt. Ebenso wird Tit. 1a (Ein Unterstaatssekretär 15,000 M.) nach einigen Bemerkungen des Abg. Windthorst-Meppen genehmigt.

Bei Tit. 3 (Centralbureau) will Abg. Dr. M a j u n k e einige Beschwerden über die offizielle Presse vordringen, wird aber vom Hause fortwährend mit dem Rufe „zur Sache“ unterbrochen. Nachdem auch der Präsident den Redner wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß er diese Beschwerden an

einer anderen Stelle hätte anbringen müssen ver- läßt Redner die Tribüne mit dem Vorbehalte auf die Sache zurückzukommen.

Auch dieser Titel wird genehmigt. Bei Kap. 90 (Statistisches Bureau) klagt Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst die ungel- dliche Annahme der Anbau-Statistik (Ein-Statistik.) Dieselbe sei in 14 Tagen hergestellt, wäh- rend zu derselben mindestens 6 Monate hätte ver- wendet werden müssen. Der Landwirtschaftsminister habe gesagt, man möge doch erst das Resultat die- ser Statistik abwarten. Auf das Resultat könne es gar nicht an. Es komme auf die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der Zahlen an. Er (Redner) breite die Richtigkeit dieser Zahlen, dieser unrichtigen Arbeit. Aus diesen Zahlen würden nach allen Richtungen hin falsche Schlüsse gezogen, was sowohl für den Staat wie für die Landwirtschaft nicht gleichgültig sein könne.

Abg. S c h m i d t (Stettin) hält die Auf- nahme einer solchen Statistik für eine sehr wic- tige, er wünscht deshalb mindestens eine Beme- rung der Zuverlässigkeit der Zahlen dadurch daß die falsche Aufnahme unter Strafe gestellt wird. Redner wiederholt sodann noch seine schon oft ausgesprochene Bitte um Gleichstellung der Be- amten des preussischen, mit denen des statisti- schen Bureaus im Reiche, hinsichtlich der Ver- hältnisse.

Abg. v. Meyer-Arnswalde regt die Frage wegen einer Brandstatistik an.

Geh. Rath H e r f u r t h erklärt in Bezug auf den letzteren Punkt, daß die Regierung dem jetzigen Anreger wenigstens insoweit Folge zu geben, als sie diese Frage dem statistischen Centralbureau zur Begutachtung unterbreiten werde. Was von dem Abg. v. Schorlemer erwähnte Anbau-Statistik an- linge, so sei dieselbe nicht vom statistischen Bureau oder vom preussischen Ministerium des Innern son- dern vom Bundesrathe angeordnet. Soweit es sich um die Ausführung handelt, sei allerdings das Mi- nisterium dabei betheiligt, es sei aber von diesem Alles geschehen, was irgend möglich war. Daß Fehler vorkommen können, sei ja richtig, die Tabellen würden aber sehr genau geprüft und soweit Mög- lich enthalten, werde eine Berichtigung veranlaßt wer- den. Das sei schon in einer großen Anzahl von Exemplaren geschehen.

Abg. S o m b a r t hält die Arbeit keineswegs für so schwierig. Die Kürze der Zeit an sich trage zur Mangelhaftigkeit der Statistik nicht viel, in vierzehn Tagen sei die Aufnahme einer solchen Statistik sehr wohl möglich. Der Redner gebt zu, daß das Resultat dieser Statistik ein nicht ganz richtiges sein werde, aber es sei bei der- selben gegen früher doch insofern zu konstatieren, als man jetzt doch absolute Zahlen haben werde. Nach und nach werde man auch zu einem richtigen Resultate gelangen. Die große Wichtigkeit der Anbau-Statistik des deutschen Reichs werde aber gewiß Niemand unterschätzen. Redner wünscht die Anbau- Statistik von Weizen, die allerdings nur die Anbau- verhältnisse des preussischen Staates bis zum Jahre 1875 umfasse, auf das neue Maß und Gewicht zu reduzieren und dasselbe weiter fortzuführen, auch auf die Waldstatistik auszudehnen.

Abg. M i q u e l unterstützt diese Bitte im In- teresse der neuen Provinzen.

Minister Graf E u l e n b u r g erklärt, daß den vielen ausgesprochenen Wünschen, soweit sie sein Ressort betreffen, genügt werden solle.

Die Diskussion wird geschlossen und Kap. 90 genehmigt. Bei Kap. 91 (Meteorologisches Institut 20,700 M.) richtet Abg. A r n d t an den Minister die Bitte, Vorsorge zu treffen, daß die Neu-Organisa- tion dieses Instituts recht bald ins Leben trete. Kap. 91 wird bewilligt. (Schluß folgt.)

Provinzielles.

Stettin, 14. Dezember. Der Bericht des Vorsitzenden der Kommission zur Revision der äd- lichen Prüfungsvorschriften, Geh. Ober-Regierungs- Rath Dr. Finkelburg, über die Verhandlungen der Sachverständigen-Kommission in den Tagen vom 26. August bis 7. September liegt nunmehr in Druck vor. Wie sich aus demselben ergibt, ist der Be- schluss, an der „Ausschließung der Real- schulen-Abiturienten von der medizinischen Prüfung festzuhalten, vorbehaltlich einer zunächst in Preußen in Aussicht gestellten „Reform des Gym- nastiklehrplans“ erfolgt, vermöge welcher eine Ver- mehrung der Stunden für Naturwissenschaften und Mathematik unter Verminderung der grammatika- lischen Unterrichtsstunden eintreten werde.

Das Viehschneugesetz vom 25. Juni 1875 bestimmt, daß über Beschwerden gegen die Anordnungen der Polizeibehörde beziehungsweise des bestellten Kommissarius die nächstvorliegende Po- lizeibehörde und in weiterer und letzter Instanz der Minister für die landwirtschaftlichen Angelegen- heiten entscheidet. In soweit von dem Beschwerde- führer die Gesetzmäßigkeit der polizeilichen Anord- nung angefochten wird, kann die Beschwerde im Verwaltungsverfahren verfolgt werden. Nach einem Erkenntnis des Reichs-Ober-Handelsgerichts, I. Senat, vom 22. Oktober d. J., kann aber der Beschwerdeführer, wenn er das eine Rechtsmittel ge- wählt und verfolgt hat, nicht auf das andere zu- rückkommen, namentlich also nicht, wenn die höhere Verwaltungsinstanz die Beschwerde über die ange- bliche Ungesetzmäßigkeit verworfen hat, bei dem Ver- waltungsgericht über die erhaltenen Bescheide Klage führen.

Der Kreisgerichtsrath D e v e s in Nea- stettin ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte in Friedeberg N.-M. und zugleich zum Notar im

Departement des Appellationsgerichts zu Frankfurt a. O. mit Anweisung seines Wohnortes in Friede- berg N.-M. und mit der Verpflichtung erannt worden, statt seines bisherigen Amtscharakters fortan den Titel „Justiz-Rath“ zu führen.

Rückfichtlich der R o t b e i s (S 53 Str.- Ges.-B.) hat das Ober-Tribunal in einem Erkennt- nis vom 20. November d. J. ausgesprochen: das Gesetz bestimme nicht, daß der rechtswidrig Ange- griffene entfliehen müsse und nur dann dem An- greifer Gewalt entgegen stellen dürfe, wenn die Flucht nicht möglich sei.

Auf die für dieses Jahr festzusetzende Di- vidende der Reichsbankanttheile wird vom 16. d. M. ab eine zweite halbjährige Abschlagszahlung von 2 1/4 Prozent oder 67 M. 50 Pf. für den Divi- dendenschein Nr. 8 u. A. auch bei der hiesigen Reichsbankhauptstelle, bei den Bankstellen in Stolp und Straßund und bei der Reichsbank-Kommandite in Cölln erfolgen.

Bei der Realschule zu Stralsund ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Hermann L a m b e l zum Oberlehrer genehmigt.

Gestern Nachmittag wurden mehrere an- ständige Damen in der Schulstraße von zwei Männern in der rohesten Weise angerempelt und Einige sogar vom Trottoir gestossen. Glücklicher- weise war ein Schuhmann in der Nähe, welcher die rohen Buschen in der Person des Arbeiters Friedr. Carl Emil B l a n k und des Handelsmannes Joh. Friedrich Hermann B ö t t c h e r ermittelte und zur Haft brachte.

Bemerktes.

Ueber die Vermählungsfeierlichkeit der Prin- zessin Thyra von Dänemark mit dem Herzog von Cumberland sind jetzt ganz genaue Bestimmungen getroffen. Am 21. d. M. wird die Trauung in der Kapelle des Schlosses Christiansborg zu Kopen- hagen von dem Bischof von Seeland vollzogen wer- den. Die Prinzessin Thyra wird von acht Ehren Damen begleitet sein, die in weißer, mit s-förmigen Rosen garnirte Seidenroben gekleidet sind. Nur der höchste Adel und das diplomatische Corps werden mit ihren Familien zur Trauungsfeier und dann zum Banquet, das im Schlosse Amalienborg statt- finden soll, eingeladen werden. Nach der Trauung werden die Neuvermählten einige Tage sich in Schloß Fredensborg aufhalten und darauf für einige Zeit nach Wien sich begeben. Die Aussteuer, die vor- läufig noch nicht fertig in Kopenhagen eingetroffen ist, ist ausschließlich in Paris bestellt und auch dort gearbeitet worden. Schließlich wollen wir noch eines Vorkommnisses erwähnen, das augenblicklich in Kopen- hagen viel bespricht wird. Eine vorzige Papier- handlung hatte die Photographien der beiden Kö- niglichen Verlobten im Schaufenster ausgestellt und darunter eine jener Servietten von Papier gelegt, die mit den Worten „Guten Appetit“ bedruckt sind. Die Polizei wurde hierauf aufmerksam, verlangte die Entfernung jener Serviette und machte so auf den harmlosen Scherz, oder auch nur auf den scharf- sichten Zufall ganz Kopenhagen aufmerksam. Später sagen nun, daß nach dem Lendemann die über- eifrigste Polizei von Kopenhagen gewiß in jener Pa- pierhandlung unter den Bildern eine Serviette mit „Gut bekomme es“ finden werde.

Literarisches.

Italien, eine Wanderung von den Alpen bis zum Aetna, in Schilderungen von Karl Stieler, Ed. Paulus, Woldegar Raden und mit Bildern jodreicher berühmter Künstler. Stuttgart, Verlag von Cargelhorn. — Wer hätte nicht in seinem Le- ben den Wunsch gehegt, Italien kennen zu lernen, das Land der alten Kultur und Geschichte, das Land der Künste und der Poesie, das Land der Wunder und der Entschlüsse, mit seinen versunkenen Säulen und riesenhafte Trümmern, mit seinen un- zähligen Kirchen und Palästen, mit seinen Gemäl- den und schönen Frauen, mit seinen Orangengärten und Olivenhainen. Das obige Werk führt uns nun durch dies reiche Land, jede Seite von 15 Zoll Höhe und 11 Zoll Breite bietet uns ein Bild in trefflicher Zeichnung, jedes Heft demnach auf 16 Seiten Text zwölf Illustrationen und außerdem drei große Bilder in Tondruck. Das ganze Werk wird in 24 Lieferungen erscheinen, jeden Monat ein Heft zu 20 Sgr. Wir haben lange kein Werk gesehen, welches uns so angeprochen hätte, wie das vorlie- gende. Jedes Bild ist charakteristisch, die Gegenden, welche wir persönlich besucht haben, sind durchaus treu wiedergegeben und haben uns lebhaft an die Zeit erinnert, wo wir in Italien weilten. Die Gegenden, welche wir nicht kennen, sind uns durch die Bilder lebendig vor Augen gerückt, so daß wir uns sehr wohl in dieselben versetzen konnten. Kurz, das obige Werk ist ein gelungenes, welches wir un- fern Lesern warm empfehlen können und welches sich für den Weihnachtstisch trefflich eignet.

Mahl, Reineke Voss, Stuttgart, Cotta'sche Buchhandlung.

Gmund Hofer, Pap Kuhn, Stuttgart, Cotta'sche Buchhandlung.

Es sind zwei bekannte Schriftsteller, welche uns ihre neuesten Produkte in niederdeutscher Sprache vorführen. Der erstere hat den Goethe'schen Reineke Fuchs in schleswig-holsteinischer Mundart, wie Frhr. v. Liliencron sehr treffend sagt, „aus freier Faust, neu gedichtet und zu einem wahren Volksgedichte gemacht. Der zweite hat in seine eigenen Jugend- erinnerungen zurückgegriffen. Er versetzt uns nach Borpommern an den Strand der Ostsee und führt uns in das treuherzige, ehrenfeste und biedere Leben der dortigen Verhältnisse ein. Wir können beide Werke warm empfehlen.

Junge Liebe. Zwei Geschichten von Karl Emil Franzos. Inhalt: Die braune Rosa. Die Bettern von Brandegg. 80. Hochlegant bro-

schirt. Preis 3,50 Mark. Fein gebunden. 7. Mark.

Diese beiden Geschichten bieten eine neue eigene eigenartige Talents, das Franzos mit so schnell berühmt gemacht. Die bewundernswürdige, lebendige Gestaltungskraft, die einfache doch so ergreifende Erzählungsweise — sie bewirkt sich auch hier auf's Stärkste und es ist nicht das die dem hochbegabten Dichter neue Fremde neue Bewunderer zuführen werden.

Viehmarkt.

Berlin, 13. Dezember. Es fanden zum Ver- kauf: 593 Rinder, 1182 Schweine, 830 Räl- 149 Hammel.

Die wohl vorauszu sehen war, hatten außer gewöhnlich hohen Preise des verfloffenen Man- tages zu heute einen für den Freitagmarkt so außer- gewöhnlich starken Anstich von Rindern veranlaßt, daß der Lokalbedarf für den Rest der Woche vollständig gedeckt war und die Verkäufer sich trotz gegenseitigen Bemühungen einen Rückgang der Preise um 3 Mt. gefallen lassen mußten: Prima bis 67, Sekunda 54—57, Tertia 47—49 M. pro 100 Pfd. Schlachtgewicht.

Die Preise für Schweine verblieben bei ruhigem Geschäft ganz unverändert. Beste Preise: bürger 48—49, Landschweine Prima 46—47, Sekunda 44—45, Ruffen 38—39 Mark pro 100 Pfd. Schlachtgewicht. — Kalber 40—41 Mark bei 50 Pfd. Thara.

Kälber erzielten zu Anfang des Marktes einen Preis von 50—60 Pf. pro 1 Pfd. Schlachtgewicht nach Dedung des notwendigen Bedarfs ermittelte das Geschäft, doch war auch zuletzt nur ein unmerklicher Rückgang der Preise bemerkbar.

Der sehr geringe Anstich von Hammeln wurde glatt zu 50—60 Pf. pro 1 Pfd. Schlachtgewicht geräumt.

Telegraphische Depeschen.

Darmstadt, 13. Dezember. Bulletin von heute Abend 7 Uhr:

Der Kräftezustand der Frau Großherzogin ist sich im Laufe des Nachmittags erheblich ver- schlechert.

Wien, 13. Dezember. Meldungen der „Politik- Korresp.“:

Aus Pest: Die Verhandlungen bezüglich der Domänenangelegenheiten sind einem befriedigenden Abschluß nahe, die Ratifikation wird Ende nächster Woche erwartet, wo der neue Finanzminister, Szapary, nach Wien eintrifft, um mit der Kreditanstalt-Gruppe persönliche und offizielle Fühlung zu nehmen.

Aus Konstantinopel von gestern: Es sind fortgesetzt Minister-Beratungen statt, der Hat über die einzuführenden Reformen wird nächste Woche erwartet. Für die Beratungen der Finanz- und auswärtigen Politik wird die Ankunft des neuen Ministers des Auswärtigen, Karatheidost Pascha, abgewartet; indes hat der Ministerrat den Bescheid des früheren Cabinets betreffend die Entlassung von Delegirten für die griechische Grenzregulation ge- nehmigt. In Bezug auf die mit Oesterreich in Rußland schwebenden Fragen bestehen noch erhebliche Schwierigkeiten.

Der russische Vorkämpfer, Fürst Lobanoff, hat die sofortige Räumung eines Theiles von Rumelien in Aussicht gestellt, sobald der Vertrag zwischen Rußland und der Türkei unterzeichnet wor- den sei.

Wien, 13. Dezember. In der heutigen Sitzung des Gemeinderathes verlas der Bürger- meister ein Handschreiben des Kaisers, worin derselbe für den den einziehenden Truppen bereitetem enthusiastischen Empfang seinen Dank ausdrückt. Der Empfang sei ein neuer Beweis des erhabenen Patriotismus der Wiener Bevölkerung. — Feld- zeugmeister Baron Philippowich beghrt sich morgen nach Pest.

Pest, 13. Dezember. Der Finanzminister hat dem Unterhause einen Gesetzentwurf betreffend den Verkauf von 40 Millionen Goldrente behufs Ein- lösung von Schatzbons bis zum Betrage von 21 bis 22 Millionen Gulden vorgelegt.

London, 13. Dezember. Unterhaus. Schatz- kanzler Northcote zeigt an, daß er demnächst einen Kredit zur Steuerung des Nothstandes im Rhodope- gebirge beantragen werde. Anderson kündigt die Bekämpfung eines solchen Antrages an, da er denselben Angesichts des großen Nothstandes in England für unzulässig erachte.

Unterstaatssekretär Bousle antwortete auf eine Anfrage Hay's, es sei ihm nichts von der Ankunft russischer Offiziere in Pest bekannt.

Nach Beantwortung einiger anderen wenig erheblichen Fragen durch den ersten Lord der Admi- ralität und durch den Schatzkanzler wurde die De- batte über das von Whitbread gegen die Regierung beantragte Tadelvotum fortgesetzt.

London, 13. Dezember. Ein eingegangenes offizielles Telegramm bestätigt die Depesche aus La- hore, in welcher die in Datta erfolgte Ankunft von Beamten und Notabeln aus Jellalabad gemeldet wurde, die den Engländern ihre Unterwerfung an- gezeigt und ihre Dienste angeboten haben. Das offizielle Telegramm fügt hinzu, der Emir habe die Provinz Balkh um Hilfe angegangen und mache vergebliche Anstrengungen, die Bevölkerung zur Er- hebung und zum Kampfe gegen die Engländer zu bewegen.

Petersburg, 13. Dezember. Die Rückkehr der Kaiserin ist heute Nachmittag erfolgt; zu Ehren der Ankunft derselben ist die Stadt heute Abend festlich illuminiert.

Lahore, 13. Dezember. Zur Befragung des Nerjant-Hal-Stammes, der 4 englischen Soldaten den Rückweg abgeschnitten hatte, ist ein kleines Expedi- tionscorps abgeschickt worden und hat dasselbe das Fort Chiaci zerstört.